



Regierungsratsbeschluss vom 10. Februar 2026

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF,
Bundesgesetz über die Wahrung der neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen
im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine; Vernehmlassung

P251858

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Begründung

Der Regierungsrat unterstützt den vorliegenden Gesetzesentwurf, soweit er dem Bundesrat erlaubt, sich weiterhin den von der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen gegen die Russische Föderation anzuschliessen. Mit Zurückhaltung nimmt der Regierungsrat jedoch zur Kenntnis, dass die vorgesehene Abweichung vom Embargogesetz zur Folge hat, dass die Schweiz zur Wahrung ihrer Neutralität als weltweit einziges Land auch Sanktionen gegenüber der Ukraine verhängt.

